

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Donnerstag, den 17. Februar 1921. 16. Jahrgang.

Nr. 40.

Donnerstag, den 17. Februar 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

In Paris wird ein Plan lebhaft besprochen, nach dem Deutschland gegen Verdrängung seiner Exporte, seiner Industrien und der Einnahmen eines Anteils von Amerika, England und einigen neutralen Staaten erhalten soll.

Berlin soll das Zentrum der kommunistischen Propaganda in Westeuropa werden, weshalb durchgreifende Veränderungen in der Berliner Vertretung Sowjetrußlands beverksichtigt werden sollen.

Das Gutachten des Danziger Oberkommissars, des Generals Haking, über das militärische Mandat über die freie Stadt Danzig soll nicht zu Gunsten Polens ausgefallen sein.

Sächsische Finanzschwierigkeiten.

Eine Unterredung mit Finanzminister Heidt.

Die Finanzlage Sachsens kann, wie dies ja nicht anders zu erwarten ist, natürlich nur grau in grau gemalt werden. Das liegt in erster Linie an dem Darwiederliegen der sächsischen Industrie und des gesamten Wirtschaftslebens und der dadurch bedingten schweren Belastung, die die Erwerbslosen fürsorger mit sich bringt. Die Zahl der Unterstützungsbedürftigen, die in Sachsen proportional ganz wesentlich höher ist als in sämtlichen anderen deutschen Bundesstaaten, ist in den letzten Monaten leider von neuem gestiegen. Sachsen ist oben, was bei den in Frage kommenden Reichsteuern bedauerlicherweise nicht immer anerkannt wird, nicht als ein Konglomerat von einzelnen Städten und Bezirken, sondern als eine einzige Industrie- und Handelsstadt zu betrachten, der das in anderen Staaten vorhandene natürliche Abflusventil nach der Landwirtschaft fehlt. Die mit der Ueberindustrialisierung verbundenen Krisenerscheinungen sind durchaus nicht erst im oder nach dem Krieg entstanden; sie haben das Parlament schon im Jahre 1909 beschäftigt, aber jetzt treten sie natürlich mit um so größerer Wucht in die Erscheinung. Dazu kommt, daß bei der jetzigen schlechten Wirtschaftslage und der starken Ueberindustrialisierung Tausende von Arbeitern entweder zeitweise ausbleiben müssen, oder nur als sogenannte Kurzarbeiter beschäftigt werden können. Durch den verminderten Verdienst wird die Kaufkraft dieser Arbeiter wesentlich herabgesetzt, und die Folge ist, daß die Wirtschaftslage immer mehr gedrückt wird und die Staatsfinanzen eine immer stärkere Anspannung erfahren. Ueber die eigentliche Finanzlage Sachsens soll Finanzminister Heidt, der einem Berichterstatter der Chemn. Allg. Bz. eine längere Unterredung gewährte, selber sprechen. Er sagte:

Unsere Finanzlage ist insofern so unerfreulich, als immer neue Anforderungen an die Staatskasse herantreten, während die Staatseinnahmen keineswegs im gleichen Maße steigen, und wir überdies noch immer nicht mit Sicherheit beurteilen können, wieviel der sächsische Staat eigentlich an Einnahmen aus den Anteilen an der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer erwarten kann. Der Mindestanspruch des sächsischen Staates und der sächsischen Gemeinden an Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer dem Reich gegenüber beträgt für das Rechnungsjahr 1920 etwa eine Milliarde Mark. Nach einer dem Reichsrat vorliegenden Vorlesung vorliegenden Reichsratsvorlage soll aber für das Rechnungsjahr 1920 nicht der volle Betrag der Jahreseinkommensteuer, sondern nur 75 vom Hundert erhoben werden. Ob diese Vorlage Gesetzeskraft erlangen wird, steht noch dahin. Würde es der Fall sein, so würde das Reich für das Rechnungsjahr 1920 eine Einbuße von 25 vom Hundert des veranschlagten Aufkommens an Reichseinkommensteuer erleiden. Bei Zugrundelegung eines Jahresaufkommens von 12 Milliarden Mark würde das Reich also 3 Milliarden Mark weniger einnehmen. Es ist zu besorgen, daß diese geplante Maßnahme auch auf die Finanzen der einzelnen Länder und der Gemeinden ungünstige Wirkungen zur Folge haben würde. Jedenfalls ist dadurch von neuem eine große Unsicherheit für die Beurteilung der finanziellen Lage des Staates und der Gemeinden hervorgerufen worden, die im Interesse aller Beteiligten baldigt beseitigt werden möchte. Sachsen ist zufolge der großen Erwerbslosenlasten und der Notlage der Gemeinden ganz besonders ungünstig gestellt. So hat Sachsen dem Drängen der Gemeinden nachgegeben und die persönlichen Schulkassen, die im Beharrungsstand sich häufig auf jährlich über 33 Millionen Mark belaufen werden. Abnahme müssen. Wenn schon diese Uebernahme natürlich nicht ohne eine Verringerung des Anteilverhältnisses der Gemeinden an dem Aufkommen an Reichseinkommen- und Körperschaftsteuern, also ohne eine Verringerung des Verteilungsschlüssels, erfolgen kann, so hat sie doch unter allen Umständen eine schwere Mehrbelastung des Staatshaushalts zur Folge. Und das von den Schulkassen gilt, das hat in ähnlicher Weise auch für den Fall Geltung, daß der dem Landtag zur Beschlußfassung vorliegende Gesetzesentwurf über die Verstaatlichung der Polizei-Gesetzgebung erlangen sollte. Im ganzen kann nur dar-

auf hingewiesen werden, daß die Ungleichung der Staatseinnahmen mit den Staatseinnahmen immer mehr Schwierigkeiten verursacht, und daß es schon jetzt nicht mehr möglich ist, die dringendsten Staatsnotwendigkeiten aus den laufenden Einnahmen zu decken.

So wird Sachsen gezwungen sein, demnächst seine Grundsteuer, die auf ein neuzeitliches System gestellt werden soll, zu erhöhen und eine Gewerbesteuer einzuführen. Es geschieht dies freilich nur der Not gehorchend, denn darüber kann man sich keinem Zweifel hingeben, daß bei den schon bestehenden hohen Reichsteuern diese neuen Steuern eine schwere Neubelastung der sächsischen Bevölkerung in sich schließen, an die die sächsische Regierung nur der dringendsten Notwendigkeit folgend herantritt. Befürchtet die gesetzgebende Körperschaft des Landes — der Landtag — die neuen Steuern, so ist zwar eine Stärkung der zur Verfügung stehenden Mittel zu erhoffen, aber eine durchgreifende Sanierung der Staatsfinanzen dürfte durch die Veränderung der Grundsteuer, sowie durch die Neueinführung einer Gewerbesteuer schon um das Vielfache nicht eintreten, weil ein nicht unerheblicher Teil des Aufkommens dieser Steuerarten in die Kassen der Gemeinden fließt, die sich, wie schon erwähnt, in einer nicht zu unterschätzenden Notlage befinden. Die staatlichen Unternehmungen, deren Verwaltungen einen immer weiter gehenden Ausbau nach kaufmännischen Grundätzen erfahren dürften, bewegen sich vorläufig mit ihren Erträgen nicht zum erheblichen Teil immer mehr auf absteigendem Fuße. Eine Anzahl staatlicher Betriebe, die früher entweder keine Zuschüsse erforderten oder Ueberzuschüsse abwarfen, sind jetzt Zuschußunternehmungen geworden. Die Verteuerung der Rohmaterialien, Kohlen, Maschinen, Werkzeuge, sowie die durch die allgemeine Teuerung bedingte Steigerung der Gehälter und Löhne erklären die Veränderung des finanziellen Ergebnisses. Soweit einige Staatsunternehmungen noch lukrativ arbeiten, zeigt sich aber auch hier ein erheblicher Rückgang der für den Staat zu erwartenden Einnahmen. Bedarf es also des Zusammenrückens aller Volkskräfte, um dem trüben Bild wieder einige Lichtpunkte aufzusetzen und sich wieder herauszuarbeiten, so ist das Pariser Diktat doch unfehlbar das Mittel, den letzten Rest der vorhandenen Volksenergie zu zerstören und dem sicheren Untergang zuzutreiben. Bricht aber Deutschland zusammen, bricht auch Europa. Die Ablehnung der Pariser Bedingungen ist für Deutschland eine Lebensfrage, die Annahme wäre Selbstmord.

Keine Illusionen!

Nr. Es ist nicht ohne Interesse zu beobachten, daß in der französischen Presse in steigendem Maße hinsichtlich einer gütlichen Lösung des Reparationsproblems auf Amerika getippt wird. Schon als die Pariser Beschlüsse bekanntgegeben wurden, konnte man in Frankreich lesen, daß es nun die große Frage sei, wie Amerika sich zu der ganzen Sache verhalten werde. Die Vereinigten Staaten sind bekanntlich der große Gläubiger der Entente, und die französische Schuld in der Union bereitet neben vielem anderen den französischen Staatsrenten erhebliche Kopfschmerzen. Es war ja denn auch die entscheidende Hoffnung Brändts, daß man von Deutschland einen großen Schied ausgestellt erhalten und diesen dann jenseits des Ozeans zur Einlösung präsentieren wollte. Daher die Zusicherung an unsere Adresse, daß jetzt bei Vorauszahlung große Vorteile zugestanden erhalten würden. Die geheime Vorstellung ging in Frankreich dahin, daß man die 226 Milliarden mit der zweihundertjährigen Zahlungsfrist dergestalt umrechnen wollte, daß eine sofort zu erlegenden Summe in Höhe von 53 Milliarden herauskam. Die durch einen entsetzlichen hohen Kredit in Amerika und in den dafür etwa in Frage kommenden neutralen Ländern aufzubringen wären. Augenblicklich hatte man sich die Sache so vorgestellt, daß dieser Plan zwar zunächst auf erstauntes Hörgern, dann aber sehr rasch auf Bereitwilligkeit stoßen würde. Jedenfalls glaubt man heute schon zu wissen, daß Deutschland zu einem solchen Arrangement geneigt sein würde, und daß Amerika deshalb nur ja zu sagen brauche. Die Zukunft wird ja sehr bald lehren, inwiefern diese französischen Hoffnungen sich bewahrheiten, wie schon einige Zweifel dazwischen. Weit weniger erfreulich ist es aber, daß die Hoffnung auf den amerikanischen Segen auch in manchen Köpfen in Deutschland haften. So ist letzteres in verschiedenen Blättern eine Darstellung verbreitet worden, derzufolge die amerikanische Regierung einen großzügigen Plan zur reifen Lösung des ganzen Wiedergutmachungsproblems aufgestellt worden sei. Er laufe darauf hinaus, daß die ganze Sache von Amerika in die Hand genommen wird, daß Frankreich einfach ganz aus dem Spiel würde und daß man über seinen Kopf hinweg und natürlich unter erheblicher Herabsetzung der Reparationssumme direkt mit Deutschland verhandeln werde. Es liegt auf der Hand, daß das natürlich eine einzige große Torheit ist. Dr. Simons hat mit Recht erklärt, daß wir in London allein auf uns selbst angewiesen sein werden, und an der Themse werden keinerlei Hoffnungen und Illusionen, sondern nur unbestreitbare Tatsachen und brauchbare Vorschläge Geltung haben.

Die Entente-Sachverständigen über das deutsche Budget.

Drohende Einmischung der Entente in unsere Steuerleggebung.

Die Sachverständigen der Ententeregierungen, die an der Brüsseler Konferenz teilgenommen haben, haben den Schluß ihres Berichtes jetzt veröffentlicht, in dem sich eine scharfe Kritik gegen das deutsche Budget befindet. Danach schließen die außerordentlichen Einnahmen und Ausgaben Deutschlands mit einem Defizit von 83 Milliarden Mark ab. Die Sachverständigen halten eine Deckung dieses Defizitbetrages durch Aufnahme einer Anleihe nicht für angängig, sondern fordern weitere Herabsetzung der Ausgaben und Erhöhung der deutschen Einnahmen. Für die Zahl von 15 Milliarden Mark, sagt der Bericht, die Deutschland für Belagungskosten der interalliierten Truppen aufgewendet haben will, seien keinerlei Belege vorhanden. Die am 12. Dezember 1920 festgesetzte Zahlungsfrist für die interalliierten Truppen hätten Deutschland tatsächlich geleisteten Zahlungen hätten deutscherseits nur 4 Milliarden 591 Millionen Mark betragen. Von den im Parlament bewilligten Milliarden seien am 1. Dezember 1920 noch 24 Milliarden 834 Millionen Mark nicht verausgabt gewesen. Des weiteren sei die zur Deckung von Revolutionsschäden angelegte Summe von 400 Millionen Mark nur schätzungsweise angenommen. Ueberhaupt, sagt der Bericht, scheinen diese Zahlen nur darum festgelegt zu sein, um der Welt den bedenklichen und schwierigen Charakter der deutschen Finanzen vor Augen zu führen. Der deutsche Etat enthalte u. a. an Ausgaben im Jahre 1920 für das Ministerium des Inneren 295 Millionen, für das Ministerium des Innern 1 Milliarden 433 Millionen, für Post und Telegraphen 3 Milliarden 336 Millionen Mark. Die vom Reich für wirtschaftliche Belieferung aufgewendete Summe belaufe sich nach deutschen Angaben auf 33 Milliarden Mark. Es seien dies Zahlen, die sich nicht wiederholen dürften. Man müsse durch Entlassungen, durch Erhöhung von Tarifen usw. mindestens 18 Milliarden Mark sparen können. Deutschland müsse außerdem bald wieder den freien Lebensmittelhandel einführen.

Was die Vermehrung der Einnahmen anbetrafte, so meint der Bericht, daß die Einkommensteuer mehr als die angelegten 34 Milliarden Mark betragen werde. In Bezug auf die direkten Steuern sei allerdings die Höchstgrenze erreicht. Es müßten sogar im Interesse der wirtschaftlichen Erholung gewisse Handel und Industrie schwer treffende Steuern herabgesetzt werden. Dagegen könnte aber die

Indirekten Steuern erhöht werden, vor allem die Alkohol-, Tabak-, Zucker-, Kaffee- und Teezucker-Steuer. Desgleichen sei ein 10prozentiger Zuschlag zu der schon bestehenden Kohlensteuer angängig, und ebenso sollten die Zölle erhöht werden. Der Bericht schließt mit der Ueberzeugung, daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit imstande sein müsse, seinen Vertragverpflichtungen ohne weitere Vermehrung seines Notenumlaufs nachzukommen. Die alliierten Regierungen seien bereit, jede ernsthafte Bemühung Deutschlands zur Ordnung seiner Finanzen zu unterstützen, um die Ausübung der Rechte zu vermeiden, die ihnen aus § 12, Anz. 3 Teil 2 des Friedensvertrages zustünden, daß sie nämlich alle Einnahmequellen Deutschlands, einschließlich des Ansehens, zur Wiedergutmachung heranzuziehen berechtigt seien.

Kleine politische Meldungen.

Der 6. März als nationaler Trauertag. Die Regierungsparteien des Reichstages hatten vor einiger Zeit die Reichsregierung um Vorlegung eines Gesetzesentwurfes zu suchen, durch welchen ein nationaler Trauertag für die Opfer des Krieges eingeführt wird. Die Reichsregierung hat darauf mit den beteiligten Kreisen, besonders dem Reichsanwalt, Rücksicht genommen und nunmehr dem Reichstag den Entwurf eines Gesetzes vorgelegt, in dem der Sonntag, 6. März 1921, zum allgemeinen Trauertag erklärt wird. Der Gesetzentwurf bezieht sich nur auf dieses Jahr und behält die Frage des dauernden Einführens eines nationalen Trauertages weiteren Verhandlungen vor.

Unzufriedenheit des Reichskabinetts mit Bayern. Das Reichskabinet hat in zwei Sitzungen am Dienstag die Note Bayerns über die Entwaffnungslage für nachdrücklich erachtet, weil die Zustimmung der notwendigen Unterstützung der Entwaffnungslage durch die bayrischen Behörden in ihr nicht ausgesprochen ist. Die bayrische Regierung soll um eine Ergänzung ihres Beschlusses ersucht werden.

Die Arbeiten des Reichstages. Der Reichstag, der am 26. d. M. wieder zusammentritt, wird bis zum 18. März Sitzungen abhalten. In erster Linie soll die Staatsberatung fertiggestellt werden, ferner sollen die Wechselsatz, die Novelle zum Entwaffnungsgesetz verabschiedet und einige wichtigere Interpellationen, darunter die oberbayerische, besprochen werden. Die Londoner Konferenz wird ebenfalls die Arbeiten des Reichstages noch beeinflussen, wenn auch zunächst mehr hinter den Kulissen.

Lord Georges Antwort. Im englischen Parlament nahm Lord George Stellung zur Frage der Pariser Konferenz. Nachdrücklich antwortete er auf die Stuttgarter Rede Dr. Simons' allerdings nur in einem einzigen Satz. Er erklärte: Er halte es nicht für wertvoll, daß man die Beschlüsse der Pariser Konferenz am Vorabend der Londoner Konferenz diskutieren, um so mehr, als England die Vorschläge, die von Deutschland gemacht